

München, 08.06.2020

Corona-Krise: Landtags-SPD fordert Solidarität mit afrikanischen Partnerländern

Markus Rinderspacher: Beitrag zur medizinischen Grundversorgung leisten

Im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie fordert die Landtags-SPD Unterstützung für die bayerischen Schwerpunktpartnerländer Äthiopien, Tunesien und Senegal sowie für die beiden südafrikanischen Partnerprovinzen Westkap und Gauteng. SPD-Europasprecher **Markus Rinderspacher** schlägt eine bayerische Hilfe vor, um vor Ort ein Krisen-Monitoring und Laborkapazitäten aufzubauen und eine koordinierte Impfkampagne vorzubereiten. Außerdem gehe es um Nahrungsmittelhilfen und um Unterstützung mit administrativer sowie medizinischer Expertise.

Laut einer Modellstudie der Weltgesundheitsorganisation WHO könnten sich in Afrika innerhalb eines Jahres rund 22 Prozent der Bevölkerung mit dem Coronavirus anstecken. Insgesamt rechnen die Forscher demnach mit 166 bis 275 Mio. Infizierten im ersten Pandemiejahr. Die Vereinten Nationen rechnen zudem mit Einkommensverlusten von rund 220 Mrd. US-Dollar für Entwicklungs- und Schwellenländer in Folge der Pandemie.

Rinderspacher verweist darauf, dass es beispielsweise in Äthiopien mit einer Einwohnerzahl von rund 100 Mio. Menschen nur ca. 150 Intensivbetten gibt: "Bayern muss sich seiner besonderen Verantwortung bewusst sein, die der Freistaat 2019 für Äthiopien, Tunesien, Senegal sowie für die südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng übernommen hat. Bayern sollte in gelebter Solidarität Know-how bereitstellen und insbesondere einen Beitrag zur medizinischen Grundversorgung leisten."

Antrag:

[COVID-19: Solidarität mit Afrika](#)